

Gemeinderatssitzung am 29. März 2007, Einbringung des Entwurfs der Haushalts-satzung 2007

Haushaltsrede des Stadtkämmerers

Herr Oberbürgermeister Junker,
meine Damen und Herren,

ergänzend zu den Ausführungen von Oberbürgermeister Junker beschränke ich mich bei meinen Ausführungen heute auf den Verwaltungshaushalt.

Der Verwaltungshaushalt hat ein Volumen von 46 Mio. EUR. Allerdings ist der Gestaltungsspielraum, den Gemeinderat und Verwaltung bei seiner Aufstellung haben, wesentlich geringer als die absolute Zahl vermuten lässt.

Warum ist dies so?

Sowohl die Ertragseinnahmen als auch die Aufwandsausgaben des Verwaltungshaushalts sind nicht vermögenswirksam. Vermögenswirksame Einnahmen und Ausgaben sind ausschließlich dem Vermögenshaushalt zugeordnet.

Wie setzen sich nun die Aufwandsausgaben zusammen?

Dazu gehören:

8 Mio. EUR Personalausgaben. Unser Personal-kostenanteil ist bereits unterdurchschnittlich, wie wir bereits gehört haben.

11 Mio. EUR Sonstige Finanzausgaben. Mehr als die Hälfte entfällt auf die Kreisumlage. Den Hebesatz der Kreisumlage legt der Kreistag fest. Der Rest, mit einer Ausnahme, entfällt auf die Finanzausgleichsumlage, die Gewerbesteuerumlage und die Umlagen an die Zweckverbände Bezirk Schwetzingen und Unterer Leimbach. Auch hier haben wir keinen Einfluss auf die Höhe der Kosten. Bleiben letztlich unsere Zinsausgaben. Hätte die Stadt Schwetzingen keine Schulden, müssten wir keine Zinsen bezahlen und unser Verwaltungshaushalt wäre um rund 200.000 EUR entlastet. Dies sind lediglich 0,4 % unseres Verwaltungshaushalts.

20 Mio. EUR Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand. Davon entfallen 12 Mio. EUR auf Innere Verrechnungen und Kalkulatorische Ausgaben, denen entsprechend hohe Einnahmen gegenüberstehen. Bei den restlichen 8 Mio. EUR handelt es sich um typische Sachkosten: für die Gebäudeunterhaltung, für die Bewirtschaftung der Grundstücke (also Heizung, Strom, Reinigung, Müllabfuhr usw.) und die Dienstfahrzeuge.

Dazu gehören aber auch die Haushaltsmittel die wir unseren Schulen zur Verfügung stellen oder für die Städtepartnerschaften, die Datenverarbeitung, die Heimat-, Kultur- und Musikpflege, die Städteplanung und die Straßenbeleuchtung verwenden.

Hier bestehen, mindestens theoretisch, gewisse Einsparungsmöglichkeiten, sollte dies die finanzielle Lage der Stadt Schwetzingen in der Zukunft mal zwingend erfordern.

5 Mio. EUR Zuweisungen und Zuschüsse. Davon entfallen je 2 Mio. EUR auf die Umlagen an die Zweckverbände und die Kindergartenträger. Die restliche Million geht überwiegend an die Musikschule, die Volkshochschule und unsere örtlichen Vereine. Den Rest verschlingt unser öffentlicher Personennahverkehr.

Fazit: Je nach Blickwinkel gibt es noch kleinere oder größere Einsparungsmöglichkeiten. Sie sind aber keinesfalls geeignet, Finanzierungslöcher im Verwaltungshaushalt zu stopfen, die aufgrund von unabweisbaren Mehrausgaben, z.B. bei einer Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes, entstehen.

Wenden wir uns der Einnahmenseite des Verwaltungshaushalts zu.

Dazu gehören:

23 Mio. EUR Steuern, Allgemeine Zuweisungen. Zum Glück entwickeln sich die kommunalen Steueranteile in letzter Zeit wieder sehr positiv. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes stiegen die Steuereinnahmen der Gemeinden in Baden-Württemberg im Jahr 2006 um 13 %. Deshalb sind auch die Prognosen für die Steuereinnahmen 2007 entsprechend optimistisch.

Ich sehe keinen Grund, daran derzeit zu zweifeln. Wichtig ist aber in diesem Zusammenhang: Die Gewerbesteuer ist stark konjunkturabhängig und deshalb ist ihr jährliches Aufkommen nur schwer abzuschätzen.

Und noch etwas gilt es zu beachten: Die höheren Einnahmen des Jahres 2007 sind Grundlage für die Umlagen, die wir 2009 bezahlen müssen. Außerdem führen sie in 2009 zu Wenigereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen wegen mangelnder Steuerkraft.

Gehen sie davon aus, dass von 4 EUR Steuer-mehreinnahmen aufgrund der Regelungen des Kommunalen Finanzausgleiches letztlich 3 EUR wieder abgegeben werden müssen. Dieses Geld fließt den steuerschwachen Gemeinden zu, und Kommunen, die Steuerausfälle, aus welchen Gründen auch immer, zu verzeichnen haben.

Salopp gesagt, ist der Kommunale Finanzausgleich die soziale Hängematte der kommunalen Ebene. Zum Glück gibt es aber hier noch nicht die Auswüchse wie wir sie beim Länderfinanz-ausgleich aus der Presse kennen.

12 Mio. EUR Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb. Die Hälfte entfällt auf Gebühren, Entgelte, Mieten usw. also Geldern, die wir von der Bevölkerung direkt erheben. Zum Glück sind die Abwassergebühren mit 1,90 EUR/m³ noch nicht allzu hoch und trotzdem annähernd kosten-deckend.

Die Zuschüsse und Erstattungen die wir für laufende Zwecke erhalten sind abhängig von entsprechenden Ausgaben des Verwaltungs-haushalts und decken den Aufwand

nur anteilig. Ein Beispiel sind die Sachkostenbeiträge für unsere weiterführenden Schulen.

Nur der Vollständigkeit halber seien die Inneren Verrechnungen mit 3 Mio. EUR erwähnt.

11 Mio. EUR Sonstige Finanzeinnahmen. Dahinter verbergen sich 9 Mio. EUR kalkulatorische Einnahmen, denen, wie sie schon gehört haben, entsprechende Ausgaben gegenüberstehen. Die übrigen 2 Mio. EUR entfallen auf Konzessionsabgaben der Strom- und Gasversorger und die Bußgelder unser Falschparker.

Ich hoffe, ich konnte ihnen vermitteln, dass unsere Einflussmöglichkeiten auf die Struktur des Verwaltungshaushalts nicht allzu groß sind.

Erfreulicherweise ist die erläuterte Struktur des Verwaltungshaushalts aber trotzdem so gut, dass auch im Jahr 2007 eine Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt erwirtschaftet wird. Sie liegt bei 1,4 Mio. EUR.

Sorgen wir gemeinsam nach Kräften dafür, dass es dabei auch in der Zukunft bleibt.

Zwei Anmerkungen möchte ich noch loswerden:

Grundlage des Haushaltsentwurfs ist der sog. Haushaltserlass 2007 vom 13. November 2006, die Orientierungsdaten des Innenministeriums und des Finanzministeriums zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung im Jahr 2007.

Darin wird darauf verwiesen, dass sich die Landesregierung und die Präsidenten der kommunalen Landesverbände am 18. Oktober 2006 einvernehmlich auf eine Änderung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen geeinigt haben. Danach wird der kommunale Finanzausgleich in den Jahren 2007 bis 2010 um jeweils 395 Mio. EUR zu Gunsten des Landes Baden-Württemberg gekürzt.

Auch der Bund profitiert 2007 von den höheren Steuereinnahmen. Dies wäre eine Gelegenheit zum Abbau der Schulden. Trotzdem plant der Bund eine Neuverschuldung von 22 Mrd. EUR (rund 8 % des Haushaltsvolumens). Jetzt wo der Fiskus wieder mehr einnimmt, müsste eigentlich überproportional gespart werden.

Stattdessen hört und liest man, „wir können den Sparkurs der vergangenen Jahre nicht gnadenlos fortsetzen“.

Bundes- und Landespolitiker versichern in ihren Reden zwar immer, welchen hohen Stellenwert sie der Etatsanierung beimessen. Allein an Taten mangelt es.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.